

neuköllnisch

Jahresende 2023
Linkes Informations-
und Diskussionsblatt

→ www.die-linke-neukoelln.de

Mit Klimabewegung
und Gewerkschaften

Wie wir die Verkehrswende durchsetzen



Eskalation in Nahost
**Waffenstillstand
sofort!**

Kürzungen im Haushalt
**Die Zerstörung der
sozialen Infrastruktur**

DIE LINKE.
Bezirksverband Neukölln

Kostenexplosion bei A100 nach Treptow

Die Kosten beim Bau der A100 von Neukölln nach Treptow explodieren weiter. Nach den neuesten Schätzungen wird die 3,2 Kilometer lange Schneise durch die Stadt mehr als 1,5 Milliarden Euro teuer. Das sind etwa 225.000 Euro für jeden Meter. Ein Meter dieser Autobahn ist damit etwa so genauso teuer wie drei Stellen für Sozialarbeiter*innen im Jugendamt.

Seit 1990 ist das Autobahnnetz in Deutschland um rund 4.370 Kilometer gewachsen. In derselben Zeit wurden 6.500 Kilometer Schiene bei der Bahn stillgelegt. So wird es nichts mit der Verkehrswende. ◀

Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe 3/2023 (Jahresende)

Neuköllnisch wird herausgegeben von
DIE LINKE Landesverband Berlin,
Kleine Alexanderstr 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 2.000

V.i.S.d.P.: Georg Frankl

Redaktion: Georg Frankl, Barbara Heinrich, Daniel
Kipka-Anton, Hans Krause, Isabell Rudek

Titelbild: Georg Frankl mit Fotos von Janusz Jakubowski, Josef
Racek, Steffen Zahn und Initiative Wir fahren zusammen

Gestaltung: Georg Frankl

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6,
12055 Berlin, Tel./Fax: (030) 613 59 19
neukoellnisch@lists.posteo.de

Redaktionsschluss: 15.05.2023

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht
des Herausgebers entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt.



Erfolg für Mieter*innen: Spekulanten verdrängt

Das Haus Weichselstraße 52 wurde im Sommer 2023 an die Hamburger Hanseal-Gruppe verkauft. Dieses Unternehmen ist bekannt dafür, alteingesessene Mieter*innen zu verdrängen und die Mietwohnungen in luxuriöse Eigentumswohnungen umzuwandeln. So werden Höchstpreise erwirtschaftet. Da das Haus im Milieuschutzgebiet liegt, haben die Mieter*innen mehrere Kundgebungen organisiert und darauf gedrängt, dass das Bezirksamt Neukölln das Vorkaufsrecht wahrnehmen soll. Mitglieder und Abgeordnete der LINKEN unterstützten das Anliegen. Das

kommunale Vorkaufsrecht wurde 2021 vom Bundesverwaltungsgericht sehr erschwert. Doch die baulichen Missstände in der Weichselstraße 52 sind so gravierend, dass der Baustadtrat dieses Instrument zum ersten Mal nach dem Urteil wieder anwendete.

Dem Eigentümer werden dabei Auflagen für Sanierung oder Miethöhe gemacht. Falls sie nicht erfüllt werden, kann der Bezirk einen anderen Käufer einsetzen, etwa eine landeseigene Gesellschaft. DIE LINKE gratuliert und fordert, dass sich das Bezirksamt wieder häufiger mit dem Vorkaufsrecht gegen Immobilienspekulation wehren soll. ◀



Bild: Wikipedia

Bettwanzenplage: Vermieter müssen zahlen

Nach New York und Paris breiten sich nun auch in Berlin Bettwanzen aus. Meist werden die Schädlinge aus dem Urlaub mitgebracht. Inzwischen verbreiten sie sich nach Angaben von Schädlingsbekämpfern aber auch von Wohnung zu Wohnung, insbesondere in großen Mietshäusern. Die winzigen Blutsauger verstecken sich oft in und um Betten und kommen nachts heraus, um die Schlafenden zu beißen. Weil die Wanzen sehr widerstandsfähig sind, ist die Entfernung durch professionelle Kammerjäger aufwendig und teuer. Die Kosten betragen im Schnitt 600 bis 2.000 Euro. Bezahlen muss das jedoch der Vermieter. Bei Fragen kann man sich an die Mietrechtsberatung der LINKEN Neukölln wenden (siehe Rückseite). ◀



Bild: Neuköllnisch

Tempelhofer Feld bald Weltkulturerbe?

Die Initiative 100%THE, die 2014 das Volksbegehren gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes gestartet und gewonnen hat, sammelt Unterschriften für die Aufnahme von Berlins beliebtestem Park in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes. Damit wehren sich die Anwohner*innen gegen die neuesten Pläne des Berliner Senats, große Teile der Grünfläche an Immobilienkonzerne abzugeben. SPD und CDU haben in den vergangenen Jahren hohe Parteispenden aus diesem Milieu erhalten. Die Wirtschaft rechnet mit Bestpreisen für Miet- und Eigentumswohnungen auf dem Tempelhofer Feld. ◀

Hier unterschreiben →





Bild: Initiative Emmauswald bleibt!

Emmauswald ist jetzt offiziell ein Wald

Auf Druck der »Initiative Emmauswald bleibt« haben die Berliner Forsten das Areal auf dem ehemaligen Emmauskirchhof zwischen Mariendorfer Weg und Carl-Weder-Park besucht und festgestellt, dass es »Waldeigenschaft« nach dem Berliner Waldgesetz besitzt. Damit hat sich der offizielle Neuköllner Waldbestand fast verdreifacht. Die Berliner Forsten merken an, »dass der Bezirk Neukölln im Berliner Vergleich als ausgesprochen arm an Waldflächen anzusehen ist. (...) Der Verlust dieser Waldfläche würde sich daher voraussichtlich besonders negativ auf das Stadtklima auswirken.« Diese Festlegung ist ein großer Erfolg der Initiative gegen die Pläne der Vonovia, die auf dem Waldgebiet teure Eigentumswohnungen bauen will. ◀



Bild: Neukölln 101

Vier Monate ohne Strom und Wasser

Schon seit Juli leben die Mieter*innen der Severingstraße 1 in Gropiusstadt nach einem Kabelbrand ohne Heizung, fließend Wasser, Telefon und Internet. Für die überwiegend älteren Bewohner*innen des Hauses stellen die niedrigen Temperaturen, das ständige Wasser Schleppen und die schlechten hygienischen Bedingungen eine akute Gesundheitsgefährdung dar. Die von der Hausverwaltung aufgestellten Container sind nicht barrierefrei zugänglich. Die zwei zur Verfügung gestellten Waschmaschinen reichen für die 200 Mieter*innen nicht aus. Vonovia hat es derweil mit den Reparaturarbeiten nicht besonders eilig: Diese sollen am 6. November starten und erst im Dezember abgeschlossen sein. ◀

Treffpunkt Rathaus-Kantine vorerst geschlossen

Die Kantine im Rathaus Neukölln bot bis zum 22. September nicht nur die Möglichkeit für ein leckeres und günstiges Mittagessen. Sie war auch ein sozialer Treffpunkt für viele Senior*innen aus der Nachbarschaft, der nun schmerzlich vermisst wird. Die Betreiberin musste aufgrund der gestiegenen Energiekosten kündigen. Das kam dem Bezirksamt gerade recht. Die denkmalgeschützten Räumlichkeiten werden vorerst vom Wahlamt genutzt. Rathausintern wird eine dauerhafte Nutzung als Büroräume diskutiert.

Einige Beschäftigte haben deshalb eine Petition gestartet und fordern Bürgermeister Hikel (SPD) dazu auf, die Kantine schnellstmöglich neu auszuschreiben. Bisher sind mehr als 400 Unterschriften von Beschäftigten und Anwohner*innen zusammengekommen. Spätestens zum Juli 2023, nach der Europawahl, muss es nach Meinung der Kolleg*innen wieder eine Kantine im Rathaus geben. ◀

↓ **»Freiheit für Boris Kagarlitsky und alle anderen politischen Gefangenen!«** Teilnehmer*innen der Diskussion »Die russische Linke und der Krieg« solidarisieren sich mit Kriegsgegner*innen in der russischen Föderation. Bei der Veranstaltung der LINKEN Neukölln referierte der russischstämmige Autor Ewgeny Kasakow (unten Mitte). Bild: DIE LINKE, Neukölln



Aus der Neuköllner BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ist das Neuköllner Bezirksparlament. Mit neun von 55 Verordneten stellt DIE LINKE eine starke Fraktion.

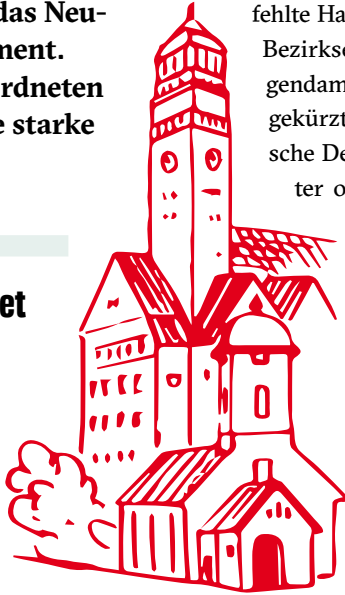
Bürgermeister leugnet antimuslimischen Rassismus

Der Fraktionsvorsitzende und integrationspolitische Sprecher der LINKEN, Ahmed Abed, hatte im September nach den Aktivitäten des Bezirksamtes und der Integrationsbeauftragten gegen den grassierenden antimuslimischen Rassismus gefragt. Die überraschende Antwort von Bürgermeister Martin Hikel (SPD) bestand in einem fünfseitigen Vortrag, in dem er »die rhetorische Figur des »antimuslimischen Rassismus« nicht hilfreich« nannte. Der Bürgermeister einer der größten muslimischen Communities in Deutschland meint, durch den Begriff würde Rassismus relativiert. Doch wer Rassismus nicht erkennt, kann ihn auch nicht bekämpfen. Abed kritisierte insbesondere, dass der Bürgermeister Opfer von Rassismus, insbesondere Juden und Muslime, gegeneinander ausspiele.

Neukölln soll keine von Giffeys angekündigten Geldern für Jugendsozialarbeit erhalten

Nach der Empörung über die Ereignisse in der Silvesternacht hatte die damalige Berliner Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) einen Gipfel gegen Jugendgewalt einberufen.

Dort wurde im Februar beschlossen, 90 Millionen Euro in den Jugendbereich zu stecken. Nun droht allerdings, dass kein Cent davon in der Neuköllner Jugendsozialarbeit ankommt. Der Grund: Im Neuköllner Haushalt seien nicht genug eigene Mittel dafür eingestellt. Die jugendpolitische Sprecherin der LINKEN, Susanka Sambefski, meint dazu: »Es ist perfide, dass CDU und SPD die Neuköllner Jugendlichen für ihre eigene verfehlte Haushaltspolitik auf Landes- und Bezirksebene bestrafen. Statt das Jugendamt finanziell auszustatten, wird gekürzt. Gleichzeitig wir mit rassistische Debatten abgelenkt, ob zu Silvester oder im Sommer über das Columbiabad.«



LINKE kämpft weiter für Schulreinigung

Im Juni 2020 hatte die BVV beschlossen, dass die Reinigung der Schulen wieder vom Bezirk selbst organisiert werden solle. Zuvor

hatte die Initiative »Schule in Not« 12.000 Unterschriften für dieses Anliegen in Neukölln gesammelt. Bis heute wurde der BVV-Beschluss vom Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) verschleppt. Nun beklagen sich Reinigungskräfte, die bei privaten Firmen angestellt sind, über eine erneute Verschärfung ihrer Arbeitsbedingungen. Philipp Dehne, bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, kommentierte das wütend: »Der Bezirk kürzt weiter bei der Schulreinigung, statt sich an die eigenen Beschlüsse zu halten!«

Neukölln will Cannabis-Modellregion werden

Ein entsprechender Antrag der Grünen wurde mit Stimmen von LINKEN und SPD verabschiedet. CDU und AfD schäumten. Der drogenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Georg Frankl, erklärte: »Wir setzen uns gegen Kriminalisierung ein, unter der Suchtkranke zusätzlich leiden. Die Pläne der Ampel ändern leider kaum etwas an der Gängelung von Kiffer:innen.«

Belagerungszustand in der Sonnenallee

Dutzende Mannschaftswagen, Polizist*innen in Kampfmontur und Wasserwerfer prägen seit Wochen das Bild in der Sonnenallee. Die Situation ist seit der jüngsten Eskalation des Nahostkonflikts ohnehin angespannt. Die Polizei trägt nicht zur Deeskalation bei.

In Neukölln lebt die größte palästinensische Community Europas. Viele arabischstämmige Anwohner*innen meiden zurzeit jedoch die Sonnenallee und den Hermannplatz aus Angst vor demütigenden Polizeikontrollen. Den Schulen wurde von der Bildungssenatorin Günther-Welsch (CDU) nahegelegt, Schüler*innen das Tragen des »Pali-Tuchs« zu verbieten. Vom siebten bis einschließlich



20. Oktober wurden pauschal alle Demonstrationen durch die Polizei verboten, bei denen Solidaritätsbekundungen mit den Palästinenser*innen erwartet wurden. Dabei spielte es keine Rolle, unter welchem Motto sie standen und von wem sie angemeldet wurden. Begründet wurde das Verbot mit der Gefahr, dass es zu antisemitischen Äußerungen und der Billigung der Gewalt der Hamas kommen könnte. Damit wurden alle Palästinenser*innen unter Generalverdacht gestellt. In der bundesrepublikanischen Geschichte gibt es keinen vergleichbaren Fall einer so weitgehenden Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Die massive Repression befördert wenig überraschend Frust und Wut bei den Betroffenen.

Daniel Kipka-Anton



↓ Bei einer Demonstration der Neuköllner LINKEN gegen die angekündigten Kürzungen kamen im Juli mehr als 800 Menschen vor dem Bezirksrathaus zusammen.

Bild: Neuköllnisch

Haushalt und Finanzen

Neuköllns soziale Infrastruktur wird zerstört

Trotz vermeintlich hoher Ausgaben sieht der Haushaltsentwurf des Berliner Senats umfassende Kürzungen im Bereich der sozialen Infrastruktur vor. Insbesondere auf die Bezirke könnte das dramatische Auswirkungen haben.

Die Einhaltung der Schuldenbremse ist Bundesfinanzminister Lindner heilig. Allen Warnungen von Sozialverbänden zum Trotz hält er weiter an seinem Haushaltsentwurf fest: Die Turbo-Aufrüstung der Bundeswehr wird fortgeschrieben, während in den Bereichen Kinder, Bildung, Gesundheit, Rente und Demokratie kräftig gekürzt werden soll. Dringende Investitionen in Klima, Bildung und Soziales bleiben auf der Strecke. Und das, obwohl mittlerweile selbst konservative Ökonomen zum Investieren mahnen.

Derweil soll in Berlin ein mehr als 38 Milliarden Euro schwerer »Rekordhaushalt« beschlossen werden. Steigende Kosten infolge der Inflation, sinkende Steuereinnahmen und eine insgesamt schlechte Wirtschaftslage finden darin jedoch kaum Berücksichtigung, sodass der hohe Investitionsbedarf in vielen Bereichen nicht gedeckt werden kann. Der Rotstift soll dort angesetzt werden, wo das Geld ohnehin fehlt: Etwa bei der Demokratieförderung, der sozialen Gesundheitsvorsorge, queeren Angeboten oder der Integration. Sozialverbände schlagen Alarm und sehen den sozialen Zusammenhalt Berlins gefährdet. Am dramatischsten könnten sich

die Kürzungen bei den Bezirken auswirken. Sie führen zu klaffenden Lücken in vielen Bezirkshaushalten.

Umfassende Kürzungsmaßnahmen

Das Bezirksamt Neukölln sah sich deshalb bereits im September 2023 gezwungen, eine Haushaltssperre einzuleiten. Das bedeutet, es dürfen - von Ausnahmen abgesehen - keine neuen Ausgaben getätigt werden. Zuvor hatte Bezirksbürgermeister Hikel (SPD) umfassende Kürzungsmaßnahmen ins Spiel gebracht: Insbesondere die Jugendfreizeiteinrichtungen, die Sucht- und Obdachlosenhilfe sind bedroht. Der Wachschatz an zwölf Schulen wurde bereits gestrichen. Sollte das Abgeordnetenhaus für die Haushaltsjahre 2024/25 nicht mehr Geld zur Verfügung stellen, dann muss der Bezirk 9 Millionen Euro einsparen. Die Verlängerung der Haushaltssperre und weitere Kahlschläge in der sozialen Infrastruktur des ärmsten Bezirks Berlins werden dann wohl unvermeidlich sein.

Hoffnungsvoll stimmt, dass immer weniger Berliner*innen gewillt sind, die

Sparpolitik des Senats widerstandslos hinzunehmen. Neben der LINKEN haben auch Jugendliche, Sozialarbeiter*innen, Schulen und soziale Träger Proteste organisiert. Die Linksfraktion in der BVV Neukölln fordert von Senat und Abgeordnetenhaus, eine Milliarde Euro mehr für die Bezirke zur Verfügung zu stellen, um dringend notwendige Investitionen in den Bereichen Bildung, Jugend und Soziales zu ermöglichen.

Anstatt mit Kommunen und Bezirken die soziale Infrastruktur kaputtzusparen, gilt es, auf Bundesebene diejenigen zur Kasse zu bitten, die von den Krisen der letzten Jahre ausnahmslos profitiert haben: Reiche und Konzerne. Denn Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt. ◀

Barbara Heinrich



↑ Protest »Soziale Arbeit am Limit« für faire Arbeitsbedingungen und gerechte Entlohnung von Sozialarbeiter*innen am 19. Oktober vor dem Abgeordnetenhaus.

Bild: DIE LINKE, Neukölln

Linker Nahverkehrsplan

für Neukölln Unsere Vision

DIE LINKE kämpft für eine sozial-ökologische Verkehrswende, die vor allem den öffentlichen Verkehr stärkt: Mobilität für Alle bei insgesamt weniger motorisiertem Verkehr. Dies gelingt, indem wir den ÖPNV für mehr Fahrgäste ausbauen und schrittweise immer günstiger machen – bis hin zum Nulltarif. Hier ist die Vision der LINKEN für die nächsten Schritte beim Ausbau des Schienennetzes in Neukölln.

Höchste Priorität:

- A1** **Straßenbahn auf der Sonnenallee**
Potsdamer Platz – Hallesches Tor – Hermannplatz – Sonnenallee – Schönevide
- A2** **Straßenbahn Südtangente** Schönevide – Gropiusstadt – Buckow – Marienfelde (– Lichterfelde – Dahlem)
- A3** **Straßenbahn Warschauerstraße – Hermannplatz** (über Pannierstraße), als Verlängerung der bestehenden M10
- A4** **Ausbau des S- und U-Bahnhofs Neukölln**
zum Regionalbahnhof; Elektrifizierung der bereits vorhandenen Bahngleise, die derzeit nur selten von Güterverkehrszügen genutzt werden

Mittlere Priorität:

- B1** **Wiederbelebung der Neukölln-Mittenwalder-Eisenbahn**
als Straßenbahn von Hermannstraße bis Stadtgrenze zur Entlastung der U7
- B2** **Weiterführung des Straßenbahninnenrings (M10)**
über U-Boddinstraße und Columbiadamm Richtung Platz der Luftbrücke bis S-Julius-Leber-Brücke
- B3** **Straßenbahn-Direktverbindung nach Alt-Treptow** über Elbestraße und Bouchéstraße bis S-Warschauer-Straße

Niedrige Priorität:

- C1** **Verlängerung der U8** in Richtung Britz
- C2** **Verlängerung der U7**
von Rudow zum Bahnhof Schönefeld

Nach einem Vorschlag von **Ludwig Lindner**
Gestaltung nach Vorlage von **Andreas Faust**





Foto von Alaksiej Carankievi auf Unsplash

ach
ntenberg
randenburg

nter-
ald

Direkt nach
Schöneeweide
Flughafen BER
Südost-Brandenburg



Legende:

- Straßenbahn
- U-Bahn
- S-Bahn
- Regionalbahn



Bahnhof Schönefeld

neuköllnisch

Gewerkschaft und Klima

Arbeitskampf für die Verkehrswende



Die Beschäftigten der BVG und weiterer Verkehrsgesellschaften wollen im kommenden Jahr für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Das ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz.

Damit mehr Menschen vom Auto auf Öffis umsteigen können, müssen Anzahl und Taktung von Bussen und Bahnen deutlich erhöht werden. Das kann nur mit genügend Fahrer*innen funktionieren. Bis 2030 werden nach Berechnungen des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) bundesweit 80.000 Beschäftigte im öffentlichen Verkehrssektor in Rente gehen. Schon heute fallen immer wieder Busse und Züge aus, weil Personal fehlt. Löhne und Arbeitsbedingungen in den Verkehrsbetrieben sind miserabel: Unregelmäßige Schichtarbeit, lange Routen und fehlende Pausenmöglichkeiten belasten die Gesundheit und das Familienleben der Fahrer*innen. Durch Personalabbau und Flexibilisierung haben Arbeitsverdichtung und Stress zugenommen.

Die Gewerkschaft ver.di will ab Februar 2024 bundesweit für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV kämpfen. Das betrifft auch die BVG. »Nur mit einem guten öffentlichen Nahverkehr können die CO₂-Emissionen im Verkehr deutlich verringert werden«, heißt es auf der Homepage von #WirFahrenZusammen. Das Bündnis aus Klimabewegung und Gewerkschaft will gemeinsam für mehr Investitionen und bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV kämpfen. Mit dabei sind auch Fridays For Future und DIE LINKE. Ziel ist, im Frühjahr große gemeinsame Streiks und Demonstrationen von Busfahrer*innen und Klimaschützer*innen zu organisieren. ◀

Georg Frankl

Mach mit!

Sammle Unterschriften für mehr Investitionen und attraktivere Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Nahverkehr.



→ **Unterschriftenlisten** zum ausdrucken. Abgeben in der Wipperstr. 6

Komm zu den Treffen unserer Aktivenplattform!

Setz dich mit der LINKEN Neukölln und dem Bündnis #WirFahrenZusammen ein für die Verkehrswende und einen besseren ÖPNV.



→ **Kontakt:**
barbara.heinrich@die-linke-neukoelln.de



↑ Mitglieder der LINKEN übergeben dem Busfahrer Thorsten gesammelte Solidaritäts-Unterschriften für bessere Arbeitsbedingungen bei der BVG

Bild: DIE LINKE, Neukölln





Bild: DIE LINKE, Neukölln

Sophie Dieckmann (38) ist neue Co-Sprecherin der Neuköllner LINKEN

Mit übergroßer Mehrheit wählte die Mitgliederversammlung der LINKEN Neukölln die studierte Politikwissenschaftlerin zur neuen Sprecherin, nachdem Maya Eckes aus persönlichen Gründen das Amt abgegeben hatte. Gemeinsam mit Ruben Lehnert (45) bildet Sophie nun die Spitze des Bezirksverbandes. Die Versammlung diskutierte neben der jüngsten Eskalation des Nahostkonflikts über ein Strategiepapier des Vorstands unter dem Titel »Ideen für eine LINKE Opposition«. <

Aktuelle Infos



telegram-Infokanal von DIE LINKE, Neukölln

Du willst über die wichtigsten Aktionen und Veranstaltungen der LINKEN Neukölln informiert werden? **Scanne jetzt den Code und abonniere unseren Kanal!**



Bild: DIE LINKE, Neukölln

Tausende demonstrieren für bessere Bildung

Obwohl Deutschland zu den reichsten Staaten der Welt gehört, liegen die Ausgaben für Grundschulen laut UNICEF im internationalen Vergleich sehr niedrig, nur knapp vor Rumänien. Das Bildungssystem steckt in einer tiefen Krise. Ein breites Bündnis rief für den 23. September bundesweit zu Protesten für eine »Bildungswende«.

Das Ausmaß der Bildungskrise ist mittlerweile so groß, dass die politischen Entscheidungsträger*innen es jetzt endlich mit Priorität anpacken müssen«, sagt Philipp Dehne. Der Mitinitiator des Bildungsprotestes ist auch bildungspolitischer Sprecher der Linksfraktion in der BVV Neukölln. Er zeigt sich zufrieden mit den Demonstrationen. Aber er ist sich sicher, dass es noch weiteren Protest braucht, um die Verantwortlichen zum Handeln zu bringen.

Etwa 7.000 Menschen beteiligten sich am Bildungsprotest in Berlin. Dabei waren auch zahlreiche Mitglieder der LINKEN und ihres Studierendverbandes SDS. So zum Beispiel Lucia Schnell (44). Die Lehrerin aus Neukölln hat in den letzten Monaten schon mehr-

fach mit der Gewerkschaft GEW für kleinere Klassen gestreikt. Sie trägt ein Schild mit der Aufschrift »Milliarden für Bildung und Klima, nicht für Aufrüstung und Krieg!« Warum sie zur Demo gekommen ist? »Es ist eine Frechheit, dass die Bundesregierung 100 Milliarden Euro in Militär und Waffen steckt, während Schulen und Kitas völlig unterfinanziert sind.« Gerade habe das Bezirksamt Neukölln die wichtige Sozialarbeit an Schulen gekürzt. Die Landesregierungen stemmen sich gegen Lohnerhöhungen. »Wir brauchen dringend kleinere Klassen, mehr Personal und mehr Geld, aber den Verantwortlichen ist das Wettrüsten wichtiger«, so die verärgerte Pädagogin.

Bis 2035 werden an deutschen Schulen etwa 160.000 Stellen für Lehrkräfte unbesetzt bleiben. Jetzt schon fehlen hunderttausende Kita-

plätze und über 300.000 Erzieher*innen, um eine ausreichende Versorgung in Kitas zu gewährleisten. Aus diesem Grund fordert die Initiative »Schule muss anders« ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für Bildung von der Bundesregierung. Mit dem Geld soll unter anderem eine Ausbildungs-offensive für Lehrkräfte und Erzieher*innen vorangetrieben werden. <

**»Den Verantwortlichen ist das Wettrüsten wichtiger als Schulen und Kitas.«
Lucia Schnell, Lehrerin**

Georg Frankl

Das Problem mit den Einmalzahlungen

In Tarifverhandlungen setzen Arbeitgeber und Bundesregierung verstärkt auf Einmalzahlungen. Das schadet nicht nur den Beschäftigten, sondern auch den Rentner*innen und Sozialversicherungen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat 2022 die »konzertierte Aktion« gestartet, um der Inflation zu begegnen. Damit werden Tarifverträge gefördert, die statt dauerhafter Lohnerhöhungen auf Einmalzahlungen setzen. Diese Sonderzahlungen bedeuten mittelfristig eine Lohnkürzung. Denn Mieten und Preise steigen dauerhaft. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Preise im kommenden Jahr wieder auf das Niveau von vor zwei Jahren zurückspringen werden.

Deswegen müssen auch die Löhne dauerhaft steigen. Dass die Einmalzahlungen



Foto von Mathieu Stern auf Unsplash

bis 3.000 Euro steuer- und abgabenfrei sind, mag erst einmal gut klingen. Doch davon profitieren vor allem die Arbeitgeber. Denn was heute netto mehr auf dem Konto landet, fehlt in der Zukunft: Wegen der ausbleibenden Beiträge stagniert der Rentenanspruch. Auch die Löcher in den Kranken- und Pflegekassen wachsen. Einmalzahlungen gefährden die Finanzierung des Sozialstaats.

Problematisch sind solche Einmalzahlungen auch für die heutigen Rentner*innen. Denn deren Renten sind an die Höhe der Löhne gekoppelt. Steuerfreie Einmalzahlungen werden jedoch nicht einbezogen. Rentner*innen gehen dadurch leer aus.

Die Gewerkschaften sollten sich in Tarifverhandlungen nicht auf steuerfreie Einmalzahlungen einlassen. Die Löhne müssen dauerhaft steigen - mindestens so stark wie die Preise. Alles andere sind Kürzungen. <

Georg Frankl

Neuer Anlauf für Enteignung

»Wenn es die Regierung nicht macht, machen wir es eben selbst!« Unter diesem Motto hat die Initiative Deutsche Wohnen und Co enteignen! einen zweiten Volksentscheid angekündigt.

Der Mietenwahnsinn in Berlin ist weiterhin dramatisch. Es sind keine Maßnahmen von CDU und SPD sichtbar, um den wachsenden Mieten und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum etwas entgegenzusetzen. Durch die Enteignung großer Immobilienkonzerne, wie sie 2021 per Volksentscheid von 59,1 Prozent der Berliner*innen beschlossen wurde, könnten auf einen Schlag die Mieten in vielen tausend Wohnungen gesenkt werden. Denn die öffentliche Hand müsste keine Pro-



fitte für Aktionäre und Kapitalisten erwirtschaften. Doch sowohl unter Franziska Giffey (SPD) als auch unter Kai Wegner (CDU) hat der Berliner Senat die Umsetzung des Volksentscheids sabotiert. Deshalb startet die Initiative einen neuen Anlauf mit einem Gesetzesvolksentscheid. Im Gegensatz zum letzten Mal wäre dieser sofort verbindlich.

Die Initiative ist sensationell in die neue Phase gestartet: Bei einer Spendensammlung kamen im Oktober über 100.000 Euro zusammen. DIE LINKE Neukölln hat bereits angekündigt, auch dieses Volksbegehren wieder zu unterstützen und fleißig Unterschriften zu sammeln.

Daniel Kipka-Anton



Bild: DIE LINKE, Neukölln

Starker Protest gegen AfD-Bundesparteitag

Über 3.600 Menschen beteiligten sich am 28. und 29. Juli an den Protesten gegen den AfD-



Parteitag in Magdeburg, darunter zahlreiche Genoss*innen der Neuköllner LINKEN. Aufgerufen hatte das Bündnis Solidarisches Magdeburg, dem sich Gewerkschaften, linke und antifaschistische Parteien und Organisationen, religiöse Gruppen, queere Initiativen sowie Kunst- und Kulturschaffende angeschlossen hatten. Die Delegierten der AfD kamen in der sachsen-anhaltinischen Hauptstadt zusammen, um ihre Kandidat*innen und ihr Programm für die Europawahl zu bestimmen. Die rassistische Partei befindet sich derzeit in einem Umfragehoch, nachdem inzwischen sogar Grüne und SPD ihre Rhetorik übernommen haben und härter gegen Flüchtlinge vorgehen wollen. Weitere große Proteste und eine starke LINKE sind notwendig, um die Rechten wieder an den Rand zu drängen. <



Stoppt den Krieg und das Blutvergießen in Gaza und Israel!

DIE LINKE. Neukölln gedenkt der Opfer des Kriegs in Israel und in Palästina und spricht den Angehörigen ihr tiefes Mitgefühl aus. Auch in Neukölln leben viele Menschen mit israelischen und palästinensischen Hintergründen; unsere Gedanken sind bei unseren Mitbürger*innen, die in Sorge und Trauer um ihre verschleppten, verletzten und getöteten Angehörige, Freund*innen und Bekannte sind, und weiterhin um das Leben ihrer Familien und Freund:innen bangen müssen.

DIE LINKE. Neukölln verurteilt die entsetzlichen Attacken der Hamas auf Israel. Die Angriffe auf Zivilist*innen, ihre Ermordung und Entführung, sind Kriegsverbrechen, die durch nichts zu rechtfertigen sind.

DIE LINKE. Neukölln verurteilt die israelischen Bombardements, denen Zivilist*innen in Gaza schutzlos und ohne Möglichkeit zur Flucht ausgeliefert sind. Auch die vollständige Abriegelung (Strom, Wasser, Lebensmittel) des Gazastreifens nimmt die gesamte Bevölkerung in Geiselschaft und stellt ein Kriegsverbrechen dar.

DIE LINKE. Neukölln steht solidarisch an der Seite all jener demokratischen Kräfte, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen und auf eine Zukunft hinwirken, in



↑ »Frau mit totem Kind« von Käthe Kollwitz, 1907 Bild: Wikipedia

der alle Menschen in dieser Region in Frieden, Würde und Sicherheit zusammenleben können.


DIE LINKE. Neukölln fordert einen sofortigen Waffenstillstand, die Freilassung der Geiseln und die Aufhebung der Blockade von Gaza. Sie setzt sich ein für das Ende der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzung und der systematischen Unterdrückung der Palästinenser*innen.

DIE LINKE. Neukölln fordert die Bundesregierung auf, den Export von Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu stoppen und sich für eine sofortige Waffenruhe und für die Beilegung des Konflikts durch friedliche Mittel einzusetzen.

DIE LINKE. Neukölln kritisiert die pauschalen Demonstrationsverbote im Zusammenhang mit der

Palästina-Solidarität hierzulande und die daraus resultierende massive Grundrechtseinschränkung. Auch bei den jüngsten Demonstrationen am 11. Oktober kam es zu Repression und Gewaltanwendung durch die Polizei. Selbst eine Demonstration von Schüler*innen und Eltern gegen Rassismus und Gewalt an einer Schule in Neukölln wurde verboten.

DIE LINKE. Neukölln stellt sich dem erneuten Versuch aus Politik und Medien entgegen, Menschen mit Migrationsgeschichte in Neukölln zu stigmatisieren und sie einer rassistischen Kampagne auszusetzen.

DIE LINKE. Neukölln wird nicht nachlassen im Kampf gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form rassistischer Diskriminierung. Sie wird sich weiterhin einsetzen für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben aller Neuköllner*innen, ob aus Palästina, Israel oder einer anderen Gegend der Welt, ob gläubig oder nicht. Für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in einem solidarischen Neukölln! 

Resolution des Bezirksvorstands der LINKEN Neukölln vom 12. Oktober 2023 (Hervorhebungen durch die Redaktion)



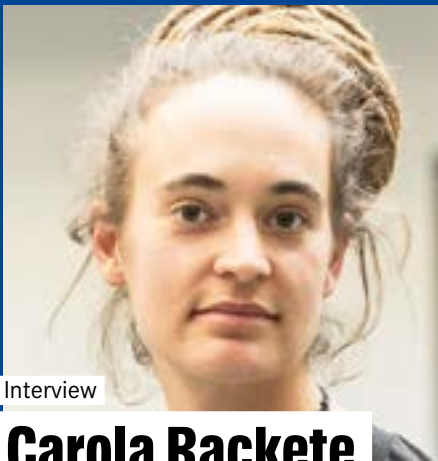
↑ Zehntausende demonstrierten am 4. November in Berlin für einen Waffenstillstand. Bild: Neuköllnisch

Europawahl 2024

Die Mauern müssen weg!

Jeden Tag sterben Menschen qualvoll an den europäischen Außengrenzen. Menschenfeindlichkeit und Faschismus sind auf dem Vormarsch. Im kommenden Jahr wird das EU-Parlament gewählt. DIE LINKE will mit einem Spitzenquartett in den Wahlkampf ziehen, das dem Rechtsruck die Stirn bietet.

Fotos: DIE LINKE



Interview

Carola Rackete

Carola, du bist bekannt geworden als Kapitänin eines Rettungsschiffs. Warum willst du ins Europaparlament?

Ich glaube weiterhin, dass soziale Bewegungen die Welt verändern. Ich glaube aber auch, dass es starke linke Parteien braucht, um den Druck von Bewegungen ins Parlament zu tragen. Die Linkspartei hat diese Rolle in den letzten Jahren nicht gut erfüllt, aber nun sortiert sie sich neu. Ich will dazu beitragen, dass die Linkspartei die Partei wird, die den Reichen und Mächtigen in Europa Druck macht.

Warum kandidierst du ausgerechnet für DIE LINKE?

Die LINKE stellt die Frage der Gerechtigkeit ins Zentrum. Sie ist die einzige Partei, die den Kapitalismus infrage stellt und die nicht den Rechtsruck in der Migrati-

»Wir müssen uns organisieren: gegen fossile Konzerne und Faschisten. Dazu braucht es soziale Bewegungen auf der Straße und starke Stimmen in den Parlamenten.«

onspolitik mitmacht. Sie ist daher der beste Ansatzpunkt um die dringenden Forderungen sozialer Bewegungen auch im Parlament wirksam zu machen.

Du bist auch Klimaaktivistin. Was hat der Klimawandel mit sozialen Problemen zu tun?

Extremwetter und Dürren zerstören Ernten und ganze Landstriche und treiben die Lebensmittelpreise nach oben. Luftverschmutzung durch fossile Energie führt zu Smog und Atemwegserkrankungen, Hitzewellen zu Übersterblichkeit. Im Grunde verschärft die Klimakatastrophe jede bestehende soziale Krise.

Die Zeiten sind düster. Was lässt dich an eine bessere Zukunft glauben?

Menschen, die sich zusammenschließen und gemeinsam für eine gerechtere Welt kämpfen.

Danke und Viel Erfolg!

Gerhard Trabert

» Die EU wird gern als Wertegemeinschaft dargestellt, aber die Politik in der EU entspricht immer häufiger nicht mehr diesen Werten. An den europäischen Grenzen werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Die Armut wächst und Millionen Menschen wissen nicht mehr, wie sie den Lebensalltag bewältigen sollen, wie sie ihre Kinder versorgen sollen. Als Arzt weiß ich, dass Armut krank macht und Krankheit arm. Ich will denen eine Stimme geben, die zu wenig gehört werden.



Özlem Demirel

» 2019 habe ich versprochen, für eine EU-Mindestlohnrichtlinie zu kämpfen. Das habe ich eingehalten. Dass in dieser reichen EU Millionen Menschen in Armut leben oder zu Armutslöhnen arbeiten müssen, ist ein Skandal. Daran muss sich jetzt etwas ändern.

Soziale Sicherheit statt Milliarden in den Rachen der Rüstungsindustrie, Abrüstung und Frieden, dafür stehe und streite ich mit Leidenschaft.



Martin Schirdewan

» Ich trete an für die Hoffnung vieler Menschen auf eine sozial gerechte und demokratische EU, die den nötigen Umbau unserer Wirtschaft mit sozialer Sicherheit verbindet und sich unabhängig von Rüstungswettlauf und Blockkonfrontation macht. Es braucht jetzt ein Umsteuern, eine Zeitenwende für Gerechtigkeit. Wer Europa will, muss es Reichen und Konzernen nehmen.





Termine der Basisorganisationen der LINKEN in Neukölln

Die Basisorganisationen (BOs) bilden die Zentren unserer Aktivitäten. Interessierte sind jederzeit willkommen! Fragen an: info@die-linke-neukoelln.de

BO Hermannstraße

Treffen jeden 2., 4. und ggf. 5. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Linx*44 (Schierker Str. 26)

BO Reuterkiez

Treffen jeden 2. Montag von 18 bis 20 Uhr im Verein iranischer Flüchtlinge, Reuterstraße 52

BO Sonne

Treffen jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19.15 Uhr »Bei Rosita«, Anzengruber Str. 21
6.12.23: »Warum ich mit Klassismus schlussgemacht habe und noch immer heartbroken bin«

20.12.23: **Marx' »Lohn, Preis, Profit« bei Tee, Glühwein, Keksen**

BO Kranoldkiez

Treffen jeden 2. Donnerstag um 19 Uhr in der Wipperstraße 6
30.11.23: Planungstreffen
14.12.23: **Weihnachtsfeier**

BO Rixdorf

Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Wipperstraße 6

BO Süd

Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Mittwoch um 18.30 Uhr im »Mühlentreff«, Goldammerstr. 34

Linksjugend ['solid] Kreuzkölln



Treffen jeden 2. Mittwoch um 18 Uhr in der Wipperstraße 6.
kreuzkoelln@solid-berlin.org



» Ich bin jetzt Mitglied in der LINKEN geworden, weil es für mich, besonders in Zeiten von zunehmender rassistischer Hetze, Radikalisierung und Rechtsruck, wichtiger denn je ist, mich gemeinsam mit Gleichgesinnten zu organisieren und für ein gutes Leben für Alle zu kämpfen.

My (26), Studentin

Veranstaltungen der AG QueerFeminismus:

Queers jenseits der kapitalistischen Zentren



Mit Manfred Herzer
 Do 30.11. | 19 Uhr
 Linx*44, Schierker Str. 26

Bild: artists paintings art painting

Regenbogen-Kapitalismus



Mit Mike Laufenberg
 Do 14.12. | 19 Uhr
 Linx*44, Schierker Str. 26

Filmtipp



Wie Berlin in den 33 Jahren seit der Wiedervereinigung ans große Kapital verscherbelt wurde. Fünfteilige Arte-Doku

Mach mit!

Jetzt Mitglied werden!

Setz dich mit uns ein für eine soziale Gesellschaft und für eine lebenswerte Zukunft.

Gemeinsam können wir viel erreichen. Und zusammen kämpfen macht auch Spaß. Schließ dich jetzt an und mach mit!



← Code scannen, Formular ausfüllen

Kostenfreie Rechtsberatung



Mittwochs 14-16 Uhr

» Mietrecht:

1. und 3. Mittwoch im Monat

» Jobcenter und Sozialrecht:

2. und 4. Mittwoch im Monat

Terminvereinbarung:

030 / 6 13 59 19

tony.pohl@die-linke-neukoelln.de